

## DBV-Positionspapier

### Eier- und Geflügelwirtschaft in Deutschland

#### Wettbewerbsfähigkeit erhalten – Entwicklung ermöglichen – Versorgung sichern

---

Berlin, 19. Mai 2026

---

Die Eier- und Geflügelwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Geflügelfleisch und Eier zählen seit Jahren zu den am stärksten nachgefragten tierischen Lebensmitteln. Gleichzeitig liegt der Selbstversorgungsgrad, insbesondere bei Eiern, weiterhin deutlich unter 100 Prozent. Die inländische Erzeugung spielt eine wesentliche Rolle für Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Verbraucherakzeptanz. Der Sektor ist leistungsfähig, nachfragegetrieben und in funktionierende Wertschöpfungsketten eingebunden. Gleichzeitig ist er durch eine hohe strukturelle und produktionstechnische Vielfalt geprägt. Unterschiedliche Tierarten, Produktionsrichtungen, Betriebsgrößen und regionale Gegebenheiten erfordern differenzierte, praxisgerechte politische Rahmenbedingungen. Ihre weitere Entwicklung hängt maßgeblich von verlässlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ab.

Zugleich ist der Sektor erheblichen Belastungen durch Tierseuchengeschehen ausgesetzt, insbesondere durch die Aviäre Influenza (HPAI) und die Newcastle-Krankheit (ND). Seuchenbedingte Keulungen, Produktionsausfälle und Einschränkungen beim Wiederaufbau führen regional und betrieblich zu erheblichen wirtschaftlichen Belastungen, insbesondere im Legehennen- und Elterntierbereich.

Unabhängig davon steht die Branche vor grundlegenden strukturellen und rechtlichen Herausforderungen, die ihre Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit maßgeblich bestimmen. Bau- und Genehmigungsrecht, Fragen der Wettbewerbsfähigkeit sowie Markt- und Kennzeichnungsregelungen prägen den politischen Handlungsbedarf. Die Betriebe sind grundsätzlich bereit, in Tierwohl, Nachhaltigkeit, Biosicherheit und moderne Produktionssysteme zu investieren. Voraussetzung hierfür sind jedoch verlässliche, praktikable und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Entwicklung setzt Genehmigungsfähigkeit und Marktsicherheit voraus.

Aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes besteht daher insbesondere in den nachfolgenden Bereichen dringender politischer Handlungsbedarf.

#### ■ **Bau- und Genehmigungsrecht anpassen und vereinheitlichen**

Das Bau- und Genehmigungsrecht ist der zentrale Engpass für die Weiterentwicklung der Eier- und Geflügelwirtschaft. Investitionen in Tierwohl, Biosicherheit, Umwelt- und Klimaschutz scheitern in der Praxis häufig an langwierigen, uneinheitlichen und schwer kalkulierbaren Genehmigungsverfahren. Fehlende Planungssicherheit führt dazu, dass selbst wirtschaftlich tragfähige und gesellschaftlich gewollte Vorhaben nicht oder nur verzögert, umgesetzt werden können. Besondere Unsicherheiten ergeben sich aus der Anwendung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) sowie der Industrieemissionsrichtlinie (IED) im Geflügelbereich.

Unterschiedliche Auslegungen, fehlende bundeseinheitliche Vollzugsvorgaben und ungeklärte Umsetzungsfragen erschweren Investitionsentscheidungen erheblich. Neu entwickelte Verfahren sowie veränderte betriebliche Gegebenheiten müssen rechtssicher anerkannt und im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Umbauten und Modernisierungen bestehender Stallanlagen, insbesondere zur Verbesserung von Tierwohl, Biosicherheit und Emissionsminderung, müssen genehmigungsrechtlich erleichtert werden, sofern keine Erweiterung der Tierplatzkapazitäten oder zusätzlichen Umwelt- und Immissionsbelastungen entstehen. Gleiches gilt für betriebliche Umstellungen und Umnutzungen innerhalb des Geflügelsektors. Entwicklung und Transformation setzen voraus, dass notwendige bauliche Maßnahmen auch genehmigt werden können.

#### ■ **Herkunftskennzeichnung und fairen Wettbewerb sichern**

Transparente und verbindliche Herkunftskennzeichnung ist eine zentrale Voraussetzung für fairen Wettbewerb und Investitionssicherheit in der Eier- und Geflügelwirtschaft. Insbesondere in der Außer-Haus Verpflegung führen fehlende Kennzeichnungspflichten zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zulasten der heimischen Erzeugung.

Unsere Betriebe produzieren unter hohen gesetzlichen Standards bei Tierwohl, Umwelt- und Verbraucherschutz. Diese Leistungen müssen am Markt erkennbar sein. Ohne eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung entlang der gesamten Vermarktungskette drohen Marktverdrängung, Preisverzerrungen und Investitionshemmnisse.

#### ■ **Nachhaltigkeit, Daten und Bürokratie praxisgerecht gestalten**

Nachhaltigkeits-, Digitalisierungs- und Berichtsanforderungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Diese Anforderungen dürfen jedoch nicht zu einer weiteren Ausweitung von Melde-, Kontroll- und Dokumentationspflichten führen, die die betriebliche Praxis unnötig belasten und personelle sowie finanzielle Ressourcen von der eigentlichen Tierhaltung abziehen. Digitale Lösungen und Datenerhebungen müssen der Entlastung der Betriebe dienen und einen erkennbaren Mehrwert bieten. Die Datenhoheit muss uneingeschränkt bei den landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben. Doppel- und Mehrfachmeldungen sind konsequent abzubauen und bestehende Datenbestände effizient zu nutzen. Europäische Vorgaben zu Nachhaltigkeit, Berichterstattung und Lieferketten dürfen die landwirtschaftliche Erzeugerstufe nicht unverhältnismäßig belasten und müssen praxistauglich umgesetzt werden.

#### ■ **Tiergesundheit und Biosicherheit nachhaltig stärken**

Die Eier- und Geflügelwirtschaft ist dauerhaft hohen Tierseuchenrisiken ausgesetzt, insbesondere durch die Aviäre Influenza (HPAI) und aktuell auch durch die Newcastle Krankheit (ND). Seuchenereignisse verursachen erhebliche wirtschaftlichen Belastungen für Betriebe und ganze Regionen und wirken weit über die einzelne Tierhaltung hinaus. Tierseuchenvorsorge und -bekämpfung sind daher nicht allein betriebliche Aufgaben, sondern liegen in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Ein wirksamer Seuchenschutz ist zentrale Voraussetzung für Tiergesundheit, Versorgungssicherheit sowie stabile Wertschöpfungsketten. Vor dem Hintergrund einer anhaltend angespannten und sich in der Europäischen Union verschärfenden Seuchenlage steigen die Anforderungen an Prävention, Monitoring und Krisenbewältigung

deutlich. Biosicherheit bleibt dabei das zentrale und wirksamste Instrument zum Schutz der Bestände. Ergänzend kommt der Weiterentwicklung von Präventions- und Impfstrategien gegen die Aviäre Influenza (HPAI) und die Newcastle-Krankheit (ND) eine wachsende Bedeutung zu, um Tierleid zu vermeiden, Tierverluste zu reduzieren und großflächige Keulungen zu verhindern. Impfmaßnahmen können dabei nur einen Beitrag im Rahmen umfassender Biosicherheits- und Präventionskonzepte leisten. Voraussetzung hierfür sind praxisgerechte und rechtssichere Umsetzungsbedingungen, klare fachliche und politische Rahmen sowie die Vermeidung handelsrelevanter Nachteile für die Erzeugung. Damit wirksamer Seuchenschutz auch künftig gewährleistet werden kann, ist ein stabiler und verlässlicher finanzpolitischer Rahmen erforderlich. Die finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an der Tierseuchenbekämpfung, insbesondere bei hochkontagiösen Tierseuchen der Kategorie A, muss der veränderten Risikolage Rechnung tragen und dauerhaft sichergestellt werden.

■ **Tierschutz praxistauglich weiterentwickeln und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden**

Praxisgerechte und verlässliche Tierschutzvorgaben sind eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft. Anforderungen müssen auf tragfähigen fachlichen und wissenschaftlichen Grundlagen beruhen und in der betrieblichen Praxis umsetzbar sein. Dies gilt insbesondere für Vorgaben entlang der Produktionskette, etwa beim Umgang mit Tieren während des Fangens, Tragens und Verladens von Nutzgeflügel. Eine bundeseinheitliche Auslegung und Umsetzung der tierschutzrechtlichen Vorgaben in Deutschland sowie eine einheitliche Anwendung des EU-Rechts in allen Mitgliedstaaten sind zwingend erforderlich. Nationale Alleingänge, unterschiedliche Interpretationen oder uneinheitliche Vollzugspraxen führen zu Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteilen für die heimische Erzeugung. Sie begünstigen eine Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigeren Standards, ohne einen nachhaltigen Mehrwert für Tierwohl oder Tierschutz zu erzielen. Im Lichte aktueller rechtlicher Entwicklungen zeigt sich zusätzlicher politischer Handlungsbedarf, um Rechtssicherheit, Verlässlichkeit und eine einheitliche Auslegung bestehender Vorgaben zu gewährleisten. Weitergehende Anforderungen an die Haltung und den Umgang mit Geflügel müssen fachlich belastbar, europäisch anschlussfähig und praxistauglich ausgestaltet werden. Entscheidungen sind auf Grundlage gesicherter Erkenntnisse zu treffen; voreilige nationale Sonderregelungen sind zu vermeiden.